

BISHERIGE LEISTUNGEN VON KICKL ALS POLITIKER

Ein Überblick zur Einführung

Am Beginn seiner FPÖ-Karriere half Kickl dem Parteichef Jörg Haider in seinen Wahlkampagnen mit Propagandasprüchen („Pummerin statt Muezzin“) und organisierte mit seiner Werbeagentur „Ideenschmiede“ die - nicht immer legale - Parteienfinanzierung der FPÖ.

Als er in der ÖVP-FPÖ-Koalition unter Kanzler Kurz 2017 Innenminister wurde, veranlasste er eine Hausdurchsuchung beim Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und ließ Datenträger mit Geheimdienstinformationen beschlagnahmen. Da (westliche) Geheimdienste eine weitere Kooperation mit dem BVT deshalb verweigerten, musste es aufgelöst werden. Grundlage für den als Hausdurchsuchung getarnten, rechtswidrigen Überfall auf das BVT waren Verleumdungen der Geheimdienstmitarbeiter Ott und Weiss, die wie ihr Kontaktmann Marsalek später als russische Spione enttarnt wurden.

Darüber hinaus pries Kickl die rechtsextreme Szene als unterstützenswert.

Als Regierungsmitglied war er auch für die Sozialpolitik verantwortlich. Da sich die FPÖ als „Partei des kleinen Mannes“ darstellt („gegen die Eliten da oben“), tatsächlich aber als Anwalt der reichen Leute agiert, trug ihre Regierungsbeteiligung auch zu einer Verschlechterung der Gesundheitsversorgung bei: Der Haupteffekt der teuren Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur Gesundheitskasse ÖKG war eine massive Machtverschiebung von der Arbeitnehmer:innen- zur Unternehmer:innenseite, die Gesundheitsversorgung wurde dadurch nicht besser. Vielmehr verstärkte sich der Trend zur 2-Klassen-Medizin, nicht zuletzt, weil immer mehr Mediziner:innen statt auf Kassenstellen in Privatpraxen arbeiten als Wahlärzt:innen. Auch das Pensionssystem wurde durch neue Durchrechnungsregeln zum Nachteil der Lohn- und Gehaltsabhängigen „reformiert“.

Bekämpfung von Kinderarmut oder eine Steuerreform zur Verringerung der Schere zwischen Arm und Reich sind für die FPÖ hingegen kein Thema. Wie sein politisches Vorbild Orbán in Ungarn praktizierte Innenminister Kickl eine fremdenfeindliche Politik (Erschwerungen bei Asylansuchen, Anprangern von „Ausländerkriminalität“).

Wie Orbán versuchte Kickl auch die Pressefreiheit einzuschränken (Anti-ORF-Kampagne, Schikanen für kritische Zeitungen, „Inseratenkorruption“ von Boulevardblättern).

Als staatsgefährdendes Sicherheitsrisiko für Österreich erweist sich der Freundschaftsvertrag der FPÖ mit der Putin-Partei „Einiges Russland“ und damit die Parteinahme für Russland im Angriffskrieg gegen die Ukraine.

KRIMINELLE PARTEIENFINANZIERUNG DER FPÖ 2005 BIS 2013

Als Eigentümer der Werbeagentur "Ideenschmiede" lukriert Kickl (ab 2001/02 Geschäftsführer der FPÖ-Parteiakademie) zahlreiche fette Aufträge der FPÖ-geführten Kärntner Landesregierung – ein **Kickback von 20%** der Einnahmen wird mit der FPÖ-Parteizentrale schriftlich vereinbart (Ergebnis einer Razzia 2013). Von den Aufträgen der Landesregierung über 1,500.000€ in den Jahren 2005-2013



bleiben fast 700.000€ Gewinn. Rückflüsse an die FPÖ-Kärnten werden vom Kärntner Parteibmann Uwe Scheuch veruntreut, wofür er 2013 zu einem halben Jahr Gefängnis bedingt verurteilt wird.

KICKLS PROFITABLE IMMOBILIENSPEKULATION

Kickl versteckt seinen Besitz in einer windigen Konstruktion: Sein 50%-Mitgesellschafter Thomas Sila übernimmt in Treuhandenschaft auch Kickls 50%-Anteil, Entscheidungen werden gemeinsam gefällt und alle Einkünfte 50:50 geteilt. Die Klagenfurter BIG-Liegenschaft St. Veiter Straße 111, die jährlich 50.000€ abwirft, erwerben die beiden 2010 um lächerliche 205.000€ und bieten sie über das Maklerbüro Remax 2024 um 1,125.000€ zum Verkauf an. Das entspricht einer Wertsteigerung auf das Fünffache in nur 14 Jahren! Als Kickl 2017 in der ÖVP-FPÖ-Regierung Innenminister wird, erhält das Nachfolgeunternehmen Signs wieder Aufträge, etwa für die Erstellung eines neuen Polizeilogos.

ILLEGALE PARTEIENFINANZIERUNG AUS SPENDENGELDERN

Gesetzliche Höchstgrenzen der Wahlkampfspenden werden unter FPÖ-Generalsekretär Kickl (2005-2018) überschritten, indem die Überweisung zur Verschleierung **am Rechnungshof vorbei** an parteinahe Privatvereine („Austria in Motion“, „Patria Austria“, „Institut für Sicherheitspolitik“ ...) geht (Aussage von FPÖ-Bundesgeschäftsführer Strache im Ibiza-Video über Glock, Novomatic u.a.; siehe Profil 29.08.2020).

ÜBERFALL AUF DEN ÖSTERREICHISCHEN VERFASSUNGSSCHUTZ BVT

Eine Anzeige von Innenminister Kickl und seinem Generalsekretär Goldgruber führt am 28.02.2018 zur BVT-Hausdurchsuchung durch eine Polizeitruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität. Unter den beschlagnahmten Daten waren geheime Berichte über staatsfeindliche Rechtsextremisten. Die zuständige Referatsleiterin für Extremismus wird nach einer Hausdurchsuchung in ihrer Privatwohnung zur Kündigung gedrängt. Außerdem feuert Kickl den BVT-Chef Gridling. Das Bundesverwaltungsgericht hebt dessen Suspension ein halbes Jahr später auf. Am 28.08.2018 stellt das Oberlandesgericht Wien fest, dass die BVT-Hausdurchsuchungen **rechtswidrig** waren. Grundlage war ein fragwürdiges Dossier der BVT-Mitarbeiter Martin Weiss und Egisto Ott, die 2024 als Doppelagenten für den russischen Geheimdienst enttarnt werden.

Das Ergebnis der Unterwanderung und des Überfalls auf den BVT ist verheerend: Leaks von Ermittlungsergebnissen über die rechtsextreme Szene; Entlarvung von verdeckten Ermittlern und Informanten; nachhaltiger Vertrauensverlust bei Regierungen befreundeter Länder und Einschränkung der geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit Österreich im „Berner Club“. Der BVT wird aufgelöst, Verfassungsschutz und Spionageabwehr müssen neu organisiert werden.

Darüber hinaus liefert Martin Weiss auch drei Handys österreichischer Spitzenbeamter an den russischen Geheimdienst und organisiert die Flucht des betrügerischen Wirecard-Topmanagers und Meisterspions Jan Marsalek per Privatflugzeug nach Russland, bevor er selbst in Dubai untertaucht.

MASSIVE VERSCHLECHTERUNG DER GESUNDHEITSVERSORGUNG

Unter FPÖ-Gesundheitsministerin Hartinger-Klein wird die Abteilung für öffentliche Gesundheit aufgelöst und der **Plan zur Pandemievorsorge eingestampft** (rechtzeitig vor Beginn der Covid-19-Pandemie). Die FPÖ-Ministerin schwächt mit hohem Kosteneinsatz durch Umstrukturierung und neue Postenbesetzungen das österreichische Krankenkassensystem (ÖGK statt Gebietskrankenkassen). Anstelle einer Ersparnis einer Milliarde Euro ergeben sich Zusatzkosten von über 250 Millionen Euro. Doch das wichtigste Ziel der Operation wird erreicht: Die Verlagerung der Macht in den ÖGK-Gremien



von der Arbeitnehmer:innenseite zur Arbeitgeber:innenseite. Auch die Unfallversicherung AUVA bekommt einen neuen Chef und die Rechte der Arbeitnehmer:innenvertretung werden geschmälert. Nach getaner „Arbeit“ lässt die FPÖ-Ministerin die Akten aus ihrer Amtszeit teils vernichten und teils im Staatsarchiv als „privat“ kennzeichnen - so sind sie für die Dauer von 25 Jahren für Nachforschungen gesperrt.

„PENSIONSREFORM“ ZUR VERRINGERUNG DER STAATSAUSGABEN

Während bisher die Pension auf Grundlage der Sozialversicherungsbeiträge in den 15 einkommensstärksten Jahren berechnet wurden, führte die ÖVP-FPÖ-Regierung die Neuberechnung über die gesamte Berufslaufbahn ein. Dadurch verringert sich die Pension für alle, da wegen der Inflation das Einkommen in den ersten Berufsjahren geringer ist, und besonders für Frauen, die wegen Kinderpausen nicht durchgehend berufstätig waren.

ABGEORDNETER KICKL WEIGERT SICH DEMONSTRATIV BEI PARLAMENTSSITZUNGEN WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE EINE MASKE ZU TRAGEN

Populistisches Schüren von Wissenschaftsfeindlichkeit ist Kickl wichtiger als der Schutz anderer Personen (und auch von sich selbst) vor einer Ansteckung. Ganz auf dieser Linie war auch seine Empfehlung des Anti-Pferdewurmmittels Ivermectin gegen Covid19.

PROPAGANDISTISCHE FREMDENFEINDLICHKEIT ALS INNENMINISTER

Das Erstaufnahmezentrum für Flüchtlinge in Traiskirchen wird am 01.03.2019 in „Ausreisezentrum“ umbenannt. (Das erneuerte Hinweisschild wird wenig später von Aktivisten entfernt.)

AUSSCHLUSS VON MISSLIEBIGEN MEDIEN UND JOURNALIST:INNEN

(Standard, Kurier, Falter) von Pressekonferenzen in Kickls Innenministerium (Profil, 16.10.2023)

ORIENTIERUNG AM POLITISCHEN VORBILD ORBAN BEIM DEMOKRATIEABBAU

„Machen wir's dem Orban nach! Bauen wir die Festung Österreich!“ (Kickl-Rede 01.05.2023):

- Abschottung gegen Flüchtlinge und Migrant:innen;
- Wahlrechtsänderungen zugunsten der regierenden Fidesz-Partei (Bevorzugung der stimmenstärksten Partei bei der Vergabe von Parlamentssitzen, sodass knapp weniger als 50% der Stimmen für eine Zweidrittelmehrheit reichen);
- Kein Briefwahlrecht für mehrheitlich Orban-kritische Auslandsungarn, aber für die ungarischen Minderheiten in Rumänien, Slowakei usw.;
- Gefügigmachen der Justiz, Ausschaltung regierungskritischer Medien, nationalistische Kultur-, Bildungs-, Wissenschaftspolitik;
- Antisemitismus (Anti-Soros-Kampagne), Ächtung von Homosexuellen und Transpersonen, Erschweren von Abtreibungen;
- Korruption bei der Besetzung von Ämtern und staatlichen Großaufträgen mit EU-Geldern (z.B. Stadionbau in Orbans Geburtsort Felcsút).

Siehe dazu auch die Texte zu „Vorbild Orban“.



DAS EU-PARLAMENT ALS PLATTFORM FÜR DEN KAMPF GEGEN DIE EU

2019 schließt sich die FPÖ mit anderen rechtsextrem-nationalistischen Parteien in der EU zur Fraktion „Identität und Demokratie“ zusammen: Dazu gehören neben der FPÖ u.a. der französische „Rassemblement National/RN“ (Le Pen), der belgische Vlaams Belang (Van Grieken) und die italienische Lega (Salvini), bis vor kurzem auch die deutsche AfD (Weidel), die aber Ende Mai 2024 wegen NS-Verharmlosung ausgeschlossen wurde.

Ziel ist ein „Europa der Vaterländer“, eine „nationalistische Internationale“ ohne übermächtigen Einfluss der Brüsseler „Eurokraten“, ohne gemeinsame Verteidigungs-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Gesundheits-, Klima- oder Sozialpolitik, aber mit geschützten Außengrenzen und freundschaftlichen Beziehungen zur russischen Regierung.

RÜCKENDECKUNG FÜR PUTINS RUSSLAND - SOGAR IN SEINEM ANGRIFFSKRIEG AUF DIE UKRAINE

2012: Nach dem besonders brutalen zweiten Tschetschenienkrieg - besucht eine FPÖ-Delegation den putintreuen tschetschenischen Präsidenten Kadyrow und lobt den Frieden unter seiner Herrschaft im (zerstörten) Grosny. (Kurier, 08.02.2012)

2014 bestätigen von der russischen Regierung eingeladene Wahlbeobachter der FPÖ die Rechtmäßigkeit der manipulierten Volksabstimmung über die Annexion der ukrainischen Krim durch Russland. (Presse, 17.03.2014)

Der **2016** abgeschlossene Kooperations- und Freundschaftsvertrag von FPÖ und Putin-Partei „Einiges Russland“ und die Vereinbarung über gegenseitige Beratungen und Delegationsbesuche bleibt auch nach dem Ukraineüberfall vom 24.2.2022 gültig, wird aber von der FPÖ als „nicht mehr aktuell“ bezeichnet (man kann ja nie wissen...).

2018 bereitet in Abstimmung mit Kickl das FPÖ-geführten Verkehrsministerium eine PR-Kampagne zur „Verbesserung des Images von Russland in Österreich“ vor. FPÖ-Außenministerin Kneissl lädt Staatsgast Putin zu ihrer Hochzeit ein, tanzt mit ihm und flüchtet nach dem Sturz der ÖVP-FPÖ-Regierung auf Umwegen über Frankreich und den Libanon nach Russland.

Nach dem rechtswidrigen Überfall zur Zerschlagung des BVT planen Innenminister Kickl und seine Mitarbeiter:innen eine „Reform“ des Verfassungsschutzes und der Spionageabwehr nach dem Vorbild des russischen Geheimdienstes FSB (Falter 13.03.2024). Ausgerechnet der Russland-Spion Ott sollte einen eigenen Geheimdienst für das FPÖ-Außenministerium aufbauen - das wird durch den Sturz der Regierung infolge des Ibiza-Video-Skandals verhindert. FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl findet mit ihren Pferden in Russland Zuflucht.

2022 - nach dem russischen Überfall auf die Ukraine – kritisiert Kickl als oppositioneller FPÖ-Bundesparteiobermann die EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die „EU-Kriegstreiberei ... am Gängelband der Rüstungsindustrie“ als „Auslöser für schweren wirtschaftlichen Schaden in Österreich und eine Rekordsteuerung für die heimische Bevölkerung“. Nur die FPÖ garantiere „den Schutz der österreichischen Neutralität und die Wiedererlangung der österreichischen Eigenständigkeit. Österreich darf nicht länger ein Filialbetrieb der Europäischen Union sein.“ (OTS/APA 24.02.2024) Nur ein „Volkskanzler“ Kickl könne den „Irrsinn“ des Ukraine-Kriegs beenden, und zwar indem „wir unser Verhältnis zu Russland normalisieren“ (Presse 27.02.2024).